

ANTRAGSARBEIT
ANTRÄGE SCHREIBEN LEICHT GEMACHT

JUSO-UNTERBEZIRK PASSAU, 20.11.2016

Jusos
BAYERN



ÜBERSICHT

- 1. Was ist das Ziel von Anträgen? Warum schreiben wir Anträge?**
- 2. Welche Wege nimmt ein Antrag?**
- 3. Wie organisiert man in Partei und Juso-Verband Mehrheiten für seine Anträge?**
- 4. Welche verschiedenen Arten von Anträgen gibt es?
Was will ich mit der jeweiligen Art des Antrags erreichen?
Wie wird der Antrag idealerweise formuliert?**
- 5. Beispiele**
- 6. Bevor ihr losschreibt...**

1. ZIELE EINES ANTRAGS

WARUM SCHREIBEN WIR ÜBERHAUPT ANTRÄGE?





1. ZIELE EINES ANTRAGS

Grundsätzlich:

Themenbezogene Positionierung von Partei und Verband

- Beschlussfassung über ein konkretes Thema (Forderung), z.B. Vermögenssteuer wieder einführen
- Beschlussfassung über ein Partei- oder Wahlprogramm
- Innerparteiliche / innerverbandliche Bildung, z.B. analytischer Grundsatzantrag zu Kapitalismuskritik / Verteilungsgerechtigkeit / EU-Finanz- und Wirtschaftskrise
- Diskussionsprozesse anstoßen, z.B. ein neues Zuwanderungsrecht für Deutschland
- Organisatorische Anliegen / Satzungsänderungen , z.B. mehr Geld für den Juso-Unterbezirk, neue Juso-Mitgliedschaft
- Vorstände und Delegationen binden

2. WELCHE WEGE NIMMT EIN ANTRAG?

WOHIN IST DEINE JUSO-GLIEDERUNG ANTRAGSBERECHTIGT?

Jusos
BAYERN



➤ 2. WELCHE WEGE NIMMT EIN ANTRAG?

1. SPD-Gliederungen

- SPD-Gliederungen sind zu allen höheren Ebenen der SPD antragsberechtigt:
 - Ortsverein → Kreisdelegiertenkonferenz
 - Unterbezirksparteitag
 - Bezirksparteitag
 - Landesparteitag
 - Bundesparteitag

2. Juso-Gliederungen

- Juso-Gliederungen sind innerhalb der SPD nur auf der jeweiligen Ebene
- und innerhalb des Juso-Verbandes zu allen höheren Ebenen antragsberechtigt:
 - Juso-Unterbezirk → SPD-Unterbezirksparteitag
 - Juso-Bezirkskonferenz
 - Juso-Landeskonferenz
 - Juso-Bundeskongress

3. WIE GEWINNT MAN MEHRHEITEN?

ÜBERZEUGUNG SARBEIT LEISTEN

JUSOS
BAYERN



3. WIE GEWINNT MAN MEHRHEITEN?

- Anträge über die einzelnen Ebenen hochschicken. Je mehr Personen über den Antrag diskutiert haben und von ihm überzeugt sind, desto größer wird der Unterstützer*innenkreis z.B. auf Landeskonferenzen (langwierig, aber effektiv)

- Der Weg durch die Instanzen hilft auch, den Antrag zu verbessern bzw. zu erweitern

- Bereitschaft für sinnwahrende Änderungen zeigen (z.B. Absprache zwischen mehreren Bezirken)

- Bündnispartner*innen suchen (z.B. als Jusos Bayern auf einem Landesparteitag): Mit welchen Arbeitsgemeinschaften spricht man im Vorfeld des LPT über den Juso-Antrag: AfA, 60plus, AsF, AfB? Schreibt man evtl. einen gemeinsamen Antrag Jusos/AfA?, etc...

- Fürsprecher*innen suchen (auch außerhalb der Partei)! Beispiel: ihr schreibt für eure SPD-Kreisdelegiertenkonferenz einen Antrag, ein Jugendparlament im Landkreis einzurichten. Stimmt dieses Vorhaben z.B. mit dem Kreisjugendring ab und wenn sie es gut finden, ladet sie zum SPD-Parteitag ein und sorgt dafür, dass sie einen Debattenbeitrag halten dürfen!

4. ARTEN VON ANTRÄGEN

UNTERSCHIEDE IN ZIELRICHTUNG UND AUFBAU





4. ARTEN VON ANTRÄGEN – ZIELRICHTUNG/AUFBAU

Beschlussfassender Antrag

- Durchsetzen von Forderungen

Beschlussfassender Grundsatzantrag

- Durchsetzen von Forderungen
- Debatten in Gang bringen
- Antrag mit bildungspolitischem Anspruch
- Fundierte Analysen zu Themenkomplexen

Resolution („Entschließungsantrag“)

- kurzes Aufgreifen eines aktuellen Ereignisses
- Ziel meistens Solidaritätsbekundung
- Material für Pressemitteilungen

Initiativantrag

- Antrag greift aktuelles Ereignis (nach Antragsschluss) auf
- Stützunterschriften auf Konferenz nötig!

Änderungsantrag

- kurze Beschreibung von Änderungen zu einem Antrag
- kann schriftlich oder mündlich gestellt werden
- Ziel: die Änderung eines bestehenden Antrages in einzelnen Punkten



4. ARTEN VON ANTRÄGEN – ZIELRICHTUNG/AUFBAU

Beschlussfassender Antrag

→ Durchsetzen von Forderungen

- Antrag konzentriert sich auf ein Thema / eine Forderung

- Forderung kann isoliert stehen („Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen...“) oder:

- Forderung kann eingebunden sein in eine (kurze) Analyse / Argumentation („Die Ist-Situation ist diese oder jene, das führt zu diesen oder jenen Konsequenzen. Deshalb fordern wir...“)

- Am Ende kann eine kurze Begründung stehen → nicht zwingend, Begründung kann auch mündlich erfolgen.

Wichtig: eine Begründung begründet nur den Antrag, sie ist nicht Teil des Antrags selber und wird nicht mitbeschlossen!



4. ARTEN VON ANTRÄGEN – ZIELRICHTUNG/AUFBAU

Beschlussfassender Grundsatzantrag

- Debatten in Gang bringen
- Antrag mit bildungspolitischem Anspruch

- Der Antrag behandelt einen ganzen Themenkomplex, in dem er einzelne Themen nacheinander abhandelt, ausargumentiert, Wirkungszusammenhänge aufzeigt und so eine fundierte Analyse aufstellt.

- Ausgehend von der Analyse und dem „Befund“ steht meistens am Ende des Antrags ein gesamter Forderungskatalog (Liste an Forderungen). Alternativ können die jeweiligen themenbezogenen Forderungen aber auch innerhalb des Antrages nach der jeweils ausargumentierten Sachlage folgen: („... Wir fordern deshalb, ...“)

- Einem solch umfassenden Antrag ist meist kein eigener Begründungsteil mehr angefügt

- Grundsatzanträge eignen sich gut als Leitantrag zum Konferenzmotto



4. ARTEN VON ANTRÄGEN – ZIELRICHTUNG/AUFBAU

Resolution („Entschließungsantrag“)

- Resolutionen greifen meist ein aktuelles Ereignis auf
- Resolutionen können schon im Antragsbuch stehen (fristgerechte Einreichung) oder auch kurzfristig als Initiativantrag eingebracht werden
- wichtig: Resolutionen beschreiben kurz und knapp, um was es geht; bitte nicht länger als 3 Seiten!
- Ziel: meist eine Solidaritätsbekundung, z.B. Solidarität mit hungerstreikenden Geflüchteten
- ebenso: Aufforderung an einen Vorstand, eine bestimmte Handlung zu unternehmen oder zu unterlassen („Der Vorstand soll sich dafür einsetzen, dass...“)
- Material für Pressemitteilung (z.B. „Juso-Landeskonferenz missbilligt Aussetzung des Schengen-Abkommens und fordert unverzügliche Abschaffung der Grenzkontrollen“)



4. ARTEN VON ANTRÄGEN – ZIELRICHTUNG/AUFBAU

Initiativantrag

- „INIs“ greifen ein kurzfristiges Ereignis auf, welches nach dem Antragsschluss liegt

- Ein INI sollte ebenfalls kurz gehalten sein, kann aber darauf zielen, aufgrund eines aktuellen Ereignisses eine langfristige Positionierung innerhalb Verband/Partei zu erreichen, während eine Resolution meistens nur als kurzfristige Positionierung zu einem Thema gedacht ist

- zur Behandlung auf der Konferenz / dem Parteitag sind Stützunterschriften (nach Geschäftsordnung der Konferenz) notwendig, z.B. auf einer Juso-Landeskonferenz: mind. 12 Delegierte aus mind. 4 unterschiedlichen Bezirken

- Antragsschluss für INI beachten (in Geschäftsordnung geregelt, z.B. 11:30 Uhr)



4. ARTEN VON ANTRÄGEN – ZIELRICHTUNG/AUFBAU

Änderungsantrag

- Nennung von Antragsteller*in (z.B. „Jusos UB Passau“)

- Nennung von Antrag (aus dem Antragsbuch), der geändert werden soll (z.B. „A 7 Oberbayern [Titel]“)

- Exakte Angabe der Position der Änderung: z.B. Seite 25 / Zeilen 38 - 42

- Art der Änderung: Streichen, Einfügen, Ersetzen, etc..

- bei Einfügen und Ersetzen: Neuformulierung der entsprechenden Passage(n)

- ÄAs können zwar auch nur mündlich vorgetragen werden, bei größeren Änderungen empfiehlt sich aber die Schriftform (Tagungspräsidium verlangt mündlich vorgetragene Änderungen immer schriftlich)

5. ANTRAGSBEISPIELE

DO'S UND DON'T'S



5. ANTRAGSBEISPIELE – DO‘S UND DON‘T‘S

- 1 Jusos Unterfranken
- 2 An Juso Bundeskonferenz, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD
3 Bundestagsfraktion, SPE Fraktion
- 4 F 4 Freihandel unter Bedingungen
- 5 Forderung:
- 6 Wir fordern alle Entscheidungsträger von TTIP und CETA auf, einem Abkommen nicht
7 zuzustimmen, wenn die Forderungen des Positionspapiers zwischen dem SPD Bundesvorstand
8 und dem DGB nicht vollständig erfüllt sind.
- 9 Begründung:
- 10 Durch eine Intransparenz und durch viele gegenteilige Äußerungen, ist der Großteil der
11 Bevölkerung verunsichert, in wie weit die Freihandelsabkommen eine wirkliche Verbesserung
12 unserer Lebensstandards herstellen. Wir als Jusos sehen uns auch in der Pflicht, darauf
13 hinzuwirken, dass ein Abkommen nur unter bestimmten Voraussetzungen abgeschlossen
14 werden kann, die Schlupflöcher für Firmen, die unserer Gesellschaft schaden, verhindern.
15 Intransparenz ist nur nötig, wenn man etwas zu verheimlichen hat und dies sorgt für viel
16 Unmut.
- 17 angenommen abgelehnt überwiesen an

Beschlussfassender Antrag
→ Durchsetzen von Forderungen



Problem: Thema ist sehr wichtig, Antrag ist sehr kurz. Wenn noch ein Antrag zu TTIP vorhanden ist, der ausführlicher erklärt, welche Probleme TTIP zur Folge hat und welche Auswirkungen entstehen, dann wird sicher dieser Antrag zu Ungunsten von F4 behandelt.



5. ANTRAGSBEISPIELE – DO'S UND DON'T'S

1. **Kein Mittelzitat**

2. **Anlass: Betriebsrat, Bayern SPD Landespartei, SPD Bundespartei**

3. **A 4 Für die Nivellierung der Lohn- und Gehaltsarbeit**

4. **Hintergrund**

5. Ein zentraler Punkt sozialökonomischer Politik ist die Forderung nach gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bei der Betrachtung der Arbeitsmarktes und der generellen Analyse der Einkommensverteilung fallen in mehreren Aspekten gravierende, diskriminierende Lohnunterschiede auf. Die wohl derzeit am meisten diskutierte Diskriminierung ist die Schichtarbeit von Frauen, zu nennen ist hier jedoch auch die Schichtarbeit von Männern mit Hauptberufstätigkeit am Arbeitsplatz. Neben der unterschiedlichen Bezahlung trotz gleicher Arbeit gibt es auch eine strukturelle und rechtliche Ungleichheit, sogar innerhalb eines einzelnen Unternehmens. Beispielsweise, wenn in Abteilungen, in denen tendenziell mehr Frauen arbeiten, grundsätzlich deutlich weniger Lohn gezahlt wird. Auch gibt es Diskriminierungen am Arbeitsmarkt, bei denen sich die Bezahlung zwischen Akademikerinnen und nicht-Akademikerinnen, oder zwischen – einfach ausgedrückt – Kopf- und Handarbeit sowie zwischen etablierten Mitarbeiterinnen und der Führungsetzeln (siehe Geschäftsführer oder Vorstand etc.) zunehmend spaltet. All diese Sprünge kommen in einzelnen Unternehmen vor, aber in einer zunehmend orientierten Wirtschaft auch bei der Bezahlung von Lieferantinnen bzw. von Konzern- und multinationalen Konzernmüttern. Die meisten dieser ungleichen Lohnunterschiede stellen sich heute gebildet durch keine illegale Diskriminierung dar, oftmals werden im öffentlichen Diskurs auch alle Lohnunterschiede als normal oder gar als notwendig erachtet – meist zusätzlich von Professoren struktureller Ungleichheit.

6. **Hierarchie Lohn- und Einkommensunterschiede sind jedoch teilweise naturgemäß und per se hinzunehmen. Sie haben auch immer etwas mit gesellschaftlichen Macht und Machtverhältnissen sowie mit bestimmten Vorstellungen über Leistung und Leistungsgerechtigkeit zu tun. Das bedeutet einerseits, dass die Leistung von zwei Menschen, die in unterschiedlichen Berufen jeweils 40 Stunden in der Woche arbeiten, unter Umständen gesellschaftlich unterschiedlich eingeschätzt wird. Letztere werden um die ungleichen Lohnunterschiede auch in der Regel nicht bloß als Ergebnis jener erwähnten Machtverhältnisse erachtet, sondern zudem als durchaus gerechtfertigt verteidigt.**

7. **Es zeigt sich aber sehr schnell, dass die üblichen Argumente, die hierbei immer wieder angeführt werden, bei genauer Betrachtung nach an Überzeugungskraft verlieren oder gar zu der Schlussfolgerung führen können, dass viele scheinbar bezahlte Arbeiterinnen weniger erhalten sein müssen. Häufig wird beispielsweise argumentiert, dass die höheren Löhne deshalb gerecht seien, weil sie die Bezahlten, die mit „unvergleichbar“ Tätigkeiten einhergehen, ausgleichen. Bei sog. „einfachen“ Tätigkeiten hingegen sollen diese Bezahlten**

38

1. **stetlich nicht vorhanden sein, aber vor welchen Bezahlten ist dabei eigentlich die Beruf OB werden. Hierbei ist die besondere Leistungsleistung in der Ausbildungsphase oder auch die große Verantwortung, die mit gut bezahlten Tätigkeiten verbunden ist, vorgetragen. Es muss aber stark bezweifelt werden, dass diese angeblichen Belastungen tatsächlich eine Kompensation nötig machen. Mit anderen Worten: Die Bezahlung, die diese viele Bewerberinnen höhere Gehälter aufgrund bestimmter Belastungen rechtfertigen werden, kann in den wenigsten Fällen überzeugen.**

2. **Wirden beispielsweise Weiterbildung oder Studien tatsächlich nur als Gut erachtet, oder werden sie nicht von den meisten eher als beruflich erzwungen? Ebenso verhält es sich mit dem Argument, dass diejenigen, welche viel Verantwortung tragen – beispielsweise für die ungewünschten Mitarbeiterinnen – auch mehr Geld verdient haben. Zwar mag es Fälle geben, in denen eine besonders große Verantwortung mit mentalem oder körperlichem Stress einhergeht und diese Mehrverdienste rechtfertigen kann – hier ist exemplarisch die Berufsgruppe der Fluglotsen zu nennen, welche jede Sekunde die Verantwortung über Hunderte von Menschenleben trägt. In den meisten Fällen wird im Beruf übertragene Verantwortung aber auch als sehr erfüllend wahrgenommen – geben Verantwortung und Führung im Beruf doch auch damit einher, Befehle in der Einleitung der Arbeit zu sein und unabhängiger arbeiten zu können.**

3. **Abgesehen davon, dass diese beiden gängigen Argumente also hinterfragt werden können, lässt sich darüber hinaus angeführt tragen: Wenn der Lohn Bezahlten, die mit der Tätigkeit einhergehen, ausgleichen soll, weshalb verdienen denn gerade Menschen, die körperlich anstrengende, häufig monotone Arbeiten ausüben, in der Regel deutlich weniger? Und tragen die vielen Menschen, die beispielsweise in sozialen Berufen arbeiten, nicht auch eine große Verantwortung? Werden die vorstehenden Leistungslogik folgend nicht gerade diese Menschen besonders hohe Löhne?**

4. **Diese Bemerkungen sollen nicht unbedingt zum Ausdruck bringen, dass Leistungsbezahlung und die Übernahme von Verantwortung keine Rechtfertigung für Einkommensunterschiede darstellen können. Die kurze Diskussion der beiden Argumente aber sollte zum einen deutlich gemacht haben, dass gegenseitig korrespondierende Rechtfertigungen für die meisten Ungleichheiten so pauschal nicht gelten. Zum anderen sollte erkennbar werden: Wenn die Einkommensunterschiede mit dem Argument gerechtfertigt werden, dass sie die Menschen für bestimmte Belastungen entschädigen sollen, ist es nur schwer zu erklären, weshalb gerade viele sog. „einfache“ Tätigkeiten schlecht bezahlt sind.**

5. **Nicht nur die Vermögensunterschiede sondern auch die Einkommensunterschiede wachsen in Deutschland stetig. Die Personen, die von relativer Einkommensarmut betroffen sind – also die, die über weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsinkommens (Median) verfügen – machten 1998 noch 3,6 Prozent der Bevölkerung aus. 2011 lag der entsprechende Anteil bei 7,7 Prozent – das entspricht einer Steigerung um 37,5 Prozent. Auf der anderen Seite erhöhte sich auch der Anteil der Personen, die in den Bereich des Einkommensverlustes**

39

1. **leben – also Personen, deren verfügbares bedarfsgerechtes Einkommen bei mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens liegt: 1998 verfügten laut dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) 6,3 Prozent der Bevölkerung über ein Einkommen in dieser Höhe, im Jahr 2011 waren es 7,6 Prozent – das entspricht einem Plus von 20,6 Prozent.**

2. **Diese Zahlen erscheinen vor allem ungerecht, wenn man überlegt, dass die Mitarbeiterinnen in einem Unternehmen zwar Teil des Erfolgs erarbeiten und auf einzelne angewiesen sind. Es gibt jedoch einige Faktoren die Einkommensunterschiede rechtfertigen, z.B. Bildungswilligkeit, Erfahrung, Verantwortung, Innovation, Flexibilität, körperliche Arbeit, Spezialwissen und Know-how. . . doch erweist es sich nicht gerade, dass aufgrund mehrerer Faktoren Menschen 50 oder 100 mal so viel verdienen wie andere, die zudem Faktoren entsprechen. Zum Beispiel hat ein Manager in einem großen Unternehmen Verantwortung für eine Mitarbeiterin, hat einen guten Bildungswilligkeit, viel Erfahrung und bringt neue Ideen ein, wiewo er verdient er ist viel mehr als die Putzfrau oder die Arbeiterin in der Fertigungsabteilung, die unter anderen körperliche Arbeit verrichtet.**

3. **Wir finden, dass es nicht gerecht ist so große Unterschiede in der Bezahlung für die eine oder die andere Arbeit zu machen. Aus diesem Grund fordern wir eine verhältnismäßige Deckelung auf Einkommen. Denn wer verdient wirklich was er verdient?**

4. **Deshalb sollte in Zukunft Ziel sozialökonomischer Politik sein, in grundsätzlich marktwirtschaftlichen Rahmen, zusätzlich hinzuwirken, dass die strukturelle Einkommensunterschiede nicht reduziert werden. Für eine solche Agenda schlagen die Jusos folgende groben Eckpunkte vor:**

5. **Konkrete Eckpunkte**

6. **Lohntransparenz: Wir setzen bei der Nivellierung der Löhne und Gehälter nicht nur auf den Staat, sondern vor allem auf zivilgesellschaftlichen Druck und auf den Druck der einzelnen Betroffenen. Politik muss jedoch auch strukturell sein, was immer wieder. Darüber hinaus hat Oligopolgesellschaften für Unternehmen und Geschäftsbereiche für Mitarbeiterinnen, und eine Kultur der Offenheit in Umgang mit der Entlohnung. Nur wenn man weiß, wie viel andere im selben Unternehmen verdienen, kann man darüber nachdenken, ob man verdient, was man verdient.**

7. **Einleitung von freiwilliger Lohntransparenz: Auf allen relevanten Ebenen sollen staatliche Akteure freiwillige Lohntransparenz und den transparenten und fairen Umgang mit Gehältern fördern. Hierbei können Modellprojekte in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen helfen, aber auch die Regulatorik von Weiterbildungsmöglichkeiten für Führungskräfte mit dem Ziel einer konzentrierten Umgang mit Lohntransparenz zur Förderung des Betriebsklimas und gerechter Entlohnung. Ebenso wichtig wäre eine Informationskampagne für Arbeitnehmende zur Aufklärung über die neue Rechtslage. Zudem sollten Arbeitnehmende durch solche Kampagnen dazu ermutigt werden, solche Instrumente vor Ort und im Betrieb zu setzen.**

40

1. **Gewaltige Machtmissbrauch und geschlechtsabhängige. Das Mindestlohn auf dem heutigen Arbeitsmarkt wie Notwendigkeit darstellen, ist das meiste Sozialökonomischen beweist. Wir gehen jedoch darüber hinaus und fordern, dass der Gesetzgeber Ungleichheitsgrenzen festsetzt. Diese müssen flexibel gestaltet sein und sich – in Abhängigkeit zum Mindestlohn nicht in EUR/Stunde angeben. Das bedeutet, dass der im Mindestlohn bezahlte Mitarbeiter jährlich nicht weniger als ein Monatsgehalt des Berufstätigen verdienen darf. Hierbei müssen die Unternehmen – mit anonymisierten Daten – jährlich Bericht ablegen und die Einhaltung der Ungleichheitsgrenzen gesichert. Dabei muss der Bundesgesetzgeber regeln, wie Gehälter vergleichbar gemacht werden können. Dazu öffentlich bekommen vor allem Manager und Mitarbeiterinnen der Führungsetzeln deutlich mehr; als auf den monatlichen Lohnanteil sein. Das legt denen, dass sie neben dem Mindestlohn oft noch zusätzlich langfristigen Beförderungsgeldern oder Bonuszahlungen bekommen.**

2. **Leistungsbezahlung durch Progression: Der Spitzenverdienst liegt derzeit bei 42 Prozent und die SPD setzt sich für eine Erhöhung auf 49 Prozent ein. Eine Studie des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, die im Oktober 2013 herausgegeben wurde, macht auf Spielräume in erheblicher Höhe hinweisen für Spitzenverdienste bis zu 70 Prozent aufzuheben. Vor allem Deutschland bleibe hinter seinen Möglichkeiten zurück und könne durch das Drehen an der genannten Schraube wichtige Mittel aus Bau, Erbau und Umwelt für andere wichtige Infrastruktur einnehmen. Auch aus der Perspektive der Einkommensgleichheit scheint es sinnvoll, dass sehr hohe Lohnunterschiede nicht mehr durch die Lohntransparenz verstärkt werden. Die langfristige Wirkung der SPD, den Spitzenverdienst bei 49 Prozent festzulegen, ist nicht ausreichend. Daher soll der Forderung der IAB nachgegangen werden und bei sehr hohen Einkommen eine Progressionsrate von mindestens 70 Prozent eingeführt werden. Der Engpasswert für die letzte Progressionsstufe sollte in Zusammenhang mit dem Mindestlohn gesetzt werden. Das heißt, je höher der Mindestlohn, desto höher die Grenze für den Spitzenverdienst.**

3. **Engenommen** **abgelehnt** **überwiesen an**

41

Beschlussfassender Grundsatzantrag

- Forderungen durchsetzen
- Analyseteil mit mehreren Aspekten
- Forderungsteil am Ende
- keine extra aufgeführte Begründung

5. ANTRAGSBEISPIELE – DO'S UND DON'T'S

1 Jusos Oberbayern
2 An Bundeskongress der Jusos, Bundestagsfraktion der SPD

3 A 2 Mindestlohn ohne Ausnahme
4 Die beschlossenen Ausnahmen in der Mindestlohngesetzgebung lehnen wir entschieden ab
5 und fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Parteivorstand auf, sich konsequent für
6 einen allgemeverbindlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Rücknahme
7 der Ausnahmeregelungen einzusetzen.

8 Begründung:
9 Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns war das zentrale Argument
10 der Parteiführung zur Unterstützung des Koalitionsvertrages beim Mitgliederentscheid. Der nun
11 im Kabinett beschlossene Mindestlohn-Erwurf ist nur noch ein Schatten dessen, was noch vor
12 kurzem vollumfänglich versprochen wurde. Die vorgesehenen Ausnahmen für langzeitarbeitslose,
13 Jugendliche und SaisonarbeiterInnen verwässern den Grundgedanken eines Mindestlohns.

14 Nicht nur viele Mitglieder, sondern auch die Gewerkschaften und hunderttausende von
15 WählerInnen erwarten von der Sozialdemokratie die Umsetzung ihres zentralen Versprechens
16 für diese Legislaturperiode: Der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn. Ein Mindestlohn mit
17 Ausnahmen ist kein Mindestlohn. Wenn Löhne unter dem Mindestlohn gezahlt werden können,
18 hat dieser seinen Namen nicht verdient.

19 Jugendliche
20 Als Jugendorganisation halten wir insbesondere die Altersgrenze von 18 Jahren als eine
21 europarechtlich unzulässige Altersdiskriminierung für willkürlich gesetzt und völlig falsch. Eine
22 Altersgrenze widerspricht dem Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Junge Menschen
23 haben den Mindestlohn ebenso verdient, wie alle anderen auch.

24 Die Argumentation, junge Menschen könnten sich aufgrund des Mindestlohns eher dazu
25 entscheiden einen Aushilfsjob anzunehmen, als eine Ausbildung zu machen, ist aus mehreren
26 Gründen völlig hilflos: Gerade in unserer Generation, die mit dem ständigen Wissen um hohe
27 Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des
28 Niedriglohnssektors aufgewachsen ist, hat die Ausbildung einen enormen Stellenwert. Daher
29 erkennen junge Menschen den Wert einer qualitativ guten Ausbildung für ihr zukünftiges Leben
30 und geben sie nicht leichtfertig für 8,50 € Stundenlohn auf.

31 Zudem verdient man auch ohne Mindestlohn – also bereits jetzt – in einem Vollzeit-aushilfsjob
32 weit mehr als in vielen Ausbildungen. Trotzdem gibt es zahlreiche Jugendliche, die sich dafür
33 entscheiden, zum Beispiel das Friseur- oder Bäckereihandwerk zu erlernen.

34 langzeitarbeitslose

1 Die generelle Ausnahme von Langzeitarbeitslosen vom Mindestlohn ist nicht zu rechtfertigen
2 und stößt in der Praxis auf zahlreiche Probleme:

3 Es gibt keine Hinweise darauf, dass langzeitarbeitslose dann eingestellt werden
4 Löhne niedriger sind. Auch wissenschaftlich gibt es keinen Beleg für die These
5 bestimmter Mindestlohn diese Gruppe praktisch vom Arbeitsmarkt ausschließt.
6 zutreffen würde, dürfte es derzeit in Deutschland keine Langzeitarbeitslosigkeit
7 Tatsächlich ist die Langzeitarbeitslosigkeit – trotz eines großen Niedriglohnssektors – in
8 Deutschland im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch und höher als in Ländern mit
9 einem Mindestlohnsystem. Dies spricht dagegen, dass es einen Zusammenhang zwischen
10 Langzeitarbeitslosigkeit und Mindestlohn gibt.

11 Die Definition der Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht eindeutig. In der Praxis wird
12 Langzeitarbeitslosigkeit angenommen, wenn jemand länger als ein Jahr arbeitslos
13 können kurze Beschäftigungen oder andere Gründe diesen Zeitraum unterbrechen. Die
14 Gruppe derjenigen, die schon längere Zeit ohne festes Einkommen sind, ist deutlich viel
15 größer als die Zahl der „offiziell langzeitarbeitslosen“. Die Abgrenzung ist in jedem Fall
16 unscharf. Hinzu kommen rund 1,2 Mio. Personen in der „stillen Reserve“, die arbeitslos
17 aber nicht offiziell gemeldet sind. Dazu gehören z.B. auch Berufsrückkehrer/innen, die
18 gehen sie als langzeitarbeitslos, obwohl es hier zahlreiche Ausnahmen gibt und die Gruppe
19 sehr heterogen ist. Individuelle Erfahrungen und Lebensleistung bleiben völlig unberücksichtigt.
20 Aus diesen Gründen ist es gesetzlich schwer (wenn nicht unmöglich) zu definieren, für wen die
21 Ausnahme genau gelten soll. Auch Beschäftigte aus dem Ausland können langzeitarbeitslos
22 sein oder sich als langzeitarbeitslos bezeichnen. Hier ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet.
23 Äußerst problematisch wäre, wenn diese Gruppe von der Arbeitsagentur eine „offizielle
24 Bescheinigung“ bekämen, die sie als langzeitarbeitslos ausweist. Dies würde die
25 Beschäftigungschancen eher mindern als erhöhen. Wegen der stigmatisierenden Wirkung ist
26 diese Bescheinigung für die Agenturen unzumutbar.

27 SaisonarbeiterInnen
28 Es ist nicht erkennbar, warum für die Saisonarbeit Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn
29 zugelassen werden sollen. Einen besonderen Status „Saisonarbeiter“ gibt es nicht mehr.
30 Saisonarbeiter sind Beschäftigte, die befristet in einer Saison arbeiten. Arbeitsrechtlich werden
31 sie nicht anders behandelt als andere befristet Beschäftigte. Nur weil deren Tätigkeit in einer
32 bestimmten Saison anfällt, leitet sich daraus kein Anspruch ab, diese Menschen schlechter zu
33 bezahlen.

34 angenommen abgelehnt überwiesen an

Beschlussfassender Antrag
→ Forderungen durchsetzen

Problem: sehr lange Begründung, nicht Teil des Antrags, viel Arbeit umsonst! Evtl. finden sich in der Begründung sogar noch wichtige Fakten, die man besser als Analyseteil in den Antrag einarbeiten hätte sollen!

➤ 5. ANTRAGSBEISPIELE – DO‘S UND DON‘T‘S

Ini 5 Sofortiges Asyl für JesidInnen

AntragsstellerInnen:

Jusos

Oberbayern

AdressatInnen: SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress

Wir fordern die sofortige Anerkennung von Erst- und Folgeanträgen auf Asyl von Personen, die der religiösen Minderheit der Jesiden und Anhängern vergleichbarer, nicht missionierender religiöser Minderheit zuzuordnen sind. Es ist mittlerweile unstrittig, dass eben diese Minderheiten in ihren Herkunftsländern systematischer Verfolgung ausgesetzt sind und um ihr Leben fürchten müssen. Wir sehen das als ausreichenden Asylgrund an und fordern die sofortige Gewährung desselben. Ein effektiver Selbstschutz dieser Gruppen vor dem Terror des IS ist ihnen unmöglich. Der Nachweis zur Zugehörigkeit zu dieser religiösen Minderheit sollte möglichst unbürokratisch erfolgen.

Begründung:

Aufgrund der gezielten Verfolgung und Ermordung von Jesiden benötigen diese einen besonderen Schutz zu deren Durchführung sich der Freistaat Bayern verpflichtet. Um nach den Traumata der Kriegssituation und der Flucht, die voraussichtliche sichere Anerkennung ihres Asylstatus zu beschleunigen, sind diese Anträge dieser religiösen Minderheit vorbehaltlos anzuerkennen.

In vollem Bewusstsein dessen, dass es auch andere Gruppen gibt, die in dieser Region unmittelbar um ihr Leben fürchten müssen, erkennen wir die Besonderheiten dieser Gruppe an.

Initiativantrag

→ regulärer Antrag mit Forderungen, jedoch erst nach Antragsschluss auf der Konferenz eingereicht

5. ANTRAGSBEISPIELE – DO‘S UND DON‘T‘S

Initiativantrag 3

Antragsteller_in: Jusos UB Würzburg-Stadt

Initiativantrag

Gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Würzburg

Die Jusos Bayern unterstützen den Aufruf des Bündnisses „Würzburg ist bunt, nicht braun“ und rufen alle Antifaschist_innen dazu auf, sich an der geplanten Gegendemonstration zu beteiligen.

Aufruf des Bündnisses:

**Würzburg ist bunt, nicht braun!
Gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai 2013 in Würzburg**

Das sogenannte „Freie Netz Süd“ hat für den 01. Mai 2013 in Würzburg einen Aufzug angemeldet. Beim „Freien Netz Süd“ handelt es sich um Akteure der militanten Neonaziszene. Sie bezeichnen sich als „nationale Sozialisten“, verfügen über ausgeprägte Strukturen in Süddeutschland, unterhalten institutionelle Beziehungen zu Faschisten in ganz Europa und verfolgen einen sogenannten Plan des „Antikapitalismus von Rechts“.

In den vergangenen Jahren hat eine drastische Radikalisierung der im „Freien Netz Süd“ versammelten Kameraden stattgefunden. So führen die Spuren des menschenverachtenden Terrors des „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ hin zu Kumpanen des „Freien Netz Süd“.

Die Organisatoren vertreten eine extrem antidemokratische, verfassungsfeindliche und rassistische Haltung. Der angekündigte Aufmarsch gewaltbereiter Rechtsextremisten begründet die Pflicht zum Widerstand aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Das Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai ist sich darüber einig, dass der 1. Mai in Würzburg gemeinsam als internationaler Maifeiertag und als Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, zu Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde friedlich begangen wird. Es ist der Tag, an dem gute Arbeit, gerechte Löhne und ein starker Sozialstaat im Mittelpunkt stehen.

Das Bündnis ist sich darüber einig, dass Rechtsextremismus in Würzburg keine Chance haben darf. Rassismus, Ausländerhass, Gewalt, die Verfolgung von Minderheiten, sowie die Hetze gegen Linke, Gewerkschafter und Andersdenkende sind mit den Werten einer aufgeklärten Gesellschaft nicht vereinbar. Das Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai sieht es als seine Verpflichtung an, solidarisch Maßnahmen in die Wege zu leiten, um alten und neuen Nazis am 1. Mai in Würzburg eine klare Absage zu erteilen.

Darüber hinaus treten wir für ein Verbot des „Freien Netz Süd“ ein und fordern die Umsetzung der Verbotsbeschlüsse des Bayerischen Landtages in diesem Zusammenhang.

Resolution

(„Entschließungsantrag“)

- aktuelles Ereignis liegt zu Grunde
- Jusos rufen zum Mitmachen auf
- formal als INI gestellt, weil nicht fristgerecht eingereicht

6. BEVOR IHR LOSSCHREIBT...

ZUSAMMENFASSENDE TIPPS

JUSOS
BAYERN





6. BEVOR IHR LOSSCHREIBT... (ZUSAMMENFASSUNG)

1. Das Wichtigste: macht Euch Gedanken, welches Ziel ihr genau mit dem Antrag verfolgt (was ist der Zweck?) → danach richtet sich die Art des Antrags und die Form, wie ihr ihn schreiben solltet

2. An wen wollt ihr den Antrag richten (Adressat*innen)?

3. Recherchiert, ob zu dem Thema, welches ihr behandeln wollt, evtl. schon eine Beschlusslage der höheren Gliederungsebenen existiert; wenn ja und wenn ihr die Position gut findet, könnt ihr euch die Arbeit i.d.R. sparen.

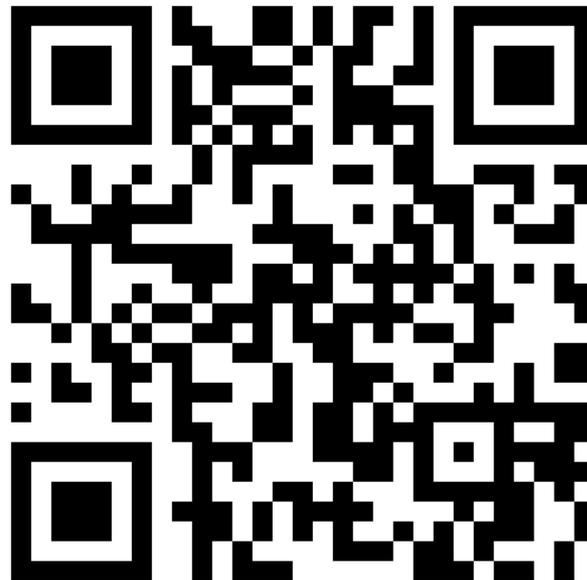
- Beschlüsse der letzten Lakos sind auf www.jusos-bayern.de
- Manche Bezirke haben auf ihren HP ebenfalls Beschlüsse der letzten Jahre aufgeführt
- Telefonische Nachfrage im Juso-Landesbüro oder bei den Juso-Bezirksvorsitzenden

4. erstellt ein Textdokument mit Seiten- und Zeilennummerierung (erweiterter Zeilenabstand z.B. 1,5 für bessere Lesbarkeit) und schreibt folgende Angaben immer am Beginn:

- Antragsteller*in (z.B. Juso-Gliederung XY)
- Adressat*innen (z.B. Juso-Beko, Juso-Lako, Juso-Buko, SPD-Landesparteitag, etc...)

- Reicht Anträge immer fristgerecht ein!
- Nehmt Änderungsanträge, auch wenn ihr sie per Mail bereits an die*den Bevosi oder ans Landesbüro geschickt habt, zur Sicherheit immer noch auf USB-Stick zur Konferenz mit!

 **HIER KÖNNT IHR EUCH DEN VORTRAG DOWNLOADEN**



<http://tiny.cc/ubpassau>